DuEPublico
Duisburg-Essen Publications online

Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck

Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten

In: IAQ-Report / 2015-04

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: https://doi.org/10.17185/duepublico/45724

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20180319-141648-3

Link: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=45724

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ-Report

Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation

2015
04

Gerhard Bosch und Thorsten Kalina

Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck

Auf den Punkt ...

- Seit Mitte der 1990er Jahre hat in Deutschland die Einkommensungleichheit stärker als in vielen anderen europäischen Ländern zugenommen. Der Anteil der Haushalte mit einem mittleren Markteinkommen (60 bis 200% des Medianeinkommens) ging um gut acht Prozentpunkte von 56,4% im Jahre 1992 auf 48% im Jahre 2013 zurück.

- Der Sozialstaat hat die wachsende Ungleichheit der Markteinkommen nur zum Teil auffangen können. In der Sekundärverteilung, also nach Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers, schrumpfte der Anteil der Mittelschicht von 83% im Jahre 2000 auf knapp 78% im Jahre 2013.

- Die oberen Einkommensklassen haben nicht nur mehr Verdiener, sondern auch deutlich längere Arbeitszeiten. Mit wachsendem Einkommen steigt die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden aller Haushaltsmitglieder. Die Abstände in der bezahlten Arbeitszeit zwischen den Schichten sind in den letzten 20 Jahren gestiegen und haben die Ungleichheit vergrößert.

- Immer weniger Haushalte der Unterschicht und der unteren Mittelschicht können von ihren Erwerbseinkünften leben. Unter ihnen gibt es vermehrt Singlehaushalte und Haushalte mit nur geringer Erwerbstätigkeit, in vielen Branchen haben sie oft nur noch Zugang zu Minijobs und kurzer Teilzeitarbeit.

- Wichtigstes Ziel der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik muss die Verringerung der Ungleichheit bei den Markteinkommen sein, u.a. durch den neuen Mindestlohn, aber auch durch die Verbesserung der Erwerbschancen der Haushaltsmitglieder aus den unteren Einkommensschichten und die Ausweitung ihrer Arbeitszeiten. Die Fehlanreize für Beschäftigte, nur kurz zu arbeiten, und für Unternehmen, nur Minijobs anzubieten, müssen beseitigt werden.

1 Der Aufbau der nivellierten Mittelstandsgesellschaft

Durch die Zerstörungen des zweiten Weltkriegs, die hohe Zahl von Flüchtlingen, die ihren Besitz zurücklassen mussten, sowie die Währungsreform von 1949 mit ihrer Entwertung der Geldvermögen wurde ein Teil der ehemaligen Mittel- und Oberschicht in Deutschland deklassiert. Gleichzeitig ergaben sich durch den raschen Wiederaufbau einzigartige Aufstiegsmöglichkeiten für andere gesellschaftliche Gruppen. Durch diese gleichzeitigen Aufstiegs- und Abstiegsprozesse wurden die traditionellen Grenzen zwischen den gesellschaftlichen Schichten durchlässiger. Gleichzeitig erhoben die bislang wirtschaftlich benachteiligten Schichten der Arbeiter und Angestellten in zum Teil konfliktreichen sozialen Auseinandersetzungen den Anspruch am wirtschaftlichen Wachstum teilzuhaben. Die Systemkonkurrenz im kalten Krieg erleichterte die Durchsetzung dieser Ansprüche im Westen Deutschlands. Alle politischen Parteien förderten den Ausbau des Wohlfahrtsstaates als attraktive Alternative zum ostdeutschen Weg.

Die Sozialleistungsquote, die 1913 erst bei 3,1% und 1938 bei 6,0% des Bruttosozialprodukts lag (Teppe 1977: 195), stieg schon bis 1950 auf 19% an, da die hohen sozialpolitischen Folgeprobleme des Krieges wie Vertreibung, Obdachlosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit etc. erheblich besser als nach dem ersten Weltkrieg sozialpolitisch abgefedert wurden. Obgleich die Ausgaben für diese unmittelbaren Kriegswirkungen sanken und Vollbeschäftigung im deutschen „Wirtschaftswunder“ erreicht wurde, stieg die Sozialleistungsquote auch in den „Goldenen Jahren“ der Nachkriegszeit durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und hierbei insbesondere der Sozialversicherungen weiter an.

In der vergleichenden Forschung zu Wohlfahrtsstaaten gilt das deutsche Sozialmodell oft als Prototyp des konservativen Bismarck'schen Sozialstaats, der durch die einkommensbezogenen Sozialleistungen die Statusunterschiede auf dem Arbeitsmarkt fortschreibt (Esping-Andersen 1990). Dies ist zwar nicht von der Hand zu weisen, gleichwohl wird die nivellierende Wirkung des deutschen Wohlfahrtsmodells der Nachkriegszeit aus zwei Gründen unterschätzt. Erstens sind fast alle abhängig Beschäftigten Mitglieder der großen Sozialversicherungen. Bei den abhängig Beschäftigten gibt es nur für die Beamten im öffentlichen Dienst ein Sondersystem. Aufgrund dieses universalistischen Charakters schützen die Sozialversicherungen die große Mehrheit der Bevölkerung bis hin in die obere Mittelschicht vor Risiken. Diese breite Ausstrahlung des deutschen Wohlfahrtsstaates erklärt auch die hohe Akzeptanz des Sozialsystems in der Bevölkerung. Zweitens wurden die Einkommensunterschiede auf dem Arbeitsmarkt durch Branchentarifverträge mit einer fast flächendeckenden Tarifbindung verringert. Die Branchentarifverträge galten für große und kleine Betriebe sowie für qualifizierte und unqualifizierte Beschäftigte. Schwächere Beschäftigte profitierten von der Durchsetzungskraft der verhandlungsstarken Gruppen, so dass das Lohnniveau aller Beschäftigten gleichermaßen angehoben wurde.

Im Zusammenwirken mit einem inklusiven Lohnsystem mit relativ hoher Einkommensgleichheit haben die deutschen Sozialversicherungen bei den Transferleistungen also nur geringe Einkommensdifferenzierungen fortgeschrieben. Aufgrund dieser

Komplementarität lässt sich im Unterschied zu Esping-Andersen das deutsche Sozialmodell der Nachkriegszeit als inklusiver Bismarck'scher Wohlfahrtstaat bezeichnen (Bosch 2015), der die ökonomische Basis für eine einkommenspolitisch breite Mittelschicht mit hoher Stabilität der Lebenslagen auch über die unterschiedlichen Lebensphasen, einschließlich des Alters, hinweg bildete. Die deutsche Mittelschicht war aufgrund dieser günstigen Rahmenbedingungen auch größer als die britische oder italienische, aber kleiner als die Mittelklasse in Schweden mit seiner deutlich höheren Einkommensgleichheit (ISG 2011: 27).

Aufgrund der hohen Aufstiegsmobilität in den Nachkriegsjahren sowie der Angleichung der Lebensverhältnisse und der Konsumstile diagnostizierte der bekannte Soziologe Helmut Schelsky ein Ende der traditionellen Klassengesellschaft, die von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" abgelöst worden sei (Schelsky 1953: 218). Dieser Auffassung wurde zwar von mehreren Autoren heftig widersprochen, die auf das Weiterbestehen hoher sozialer Ungleichheiten und Mobilitätsbarrieren und sehr unterschiedliche Verhaltensweisen und Lebensstile verwiesen (z.B. Dahrendorf 1957). Übereinstimmung bestand aber darin, die Schichtung der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit einer Zwiebel, die eine breite Mitte hat, zu vergleichen.

Im Folgenden wollen wir die Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten an Hand von Einkommensdaten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) untersuchen[1]. Zwar ist das Einkommen nur eine von mehreren Dimensionen der Schichtzugehörigkeit. Ein angemessener Lebensstandard und eine hohe Stabilität der Einkommen im Lebensverlauf sind gleichwohl zentrale Elemente der Definition der Mittelschicht. Auch wenn man eine gute Bildung und hohes kulturelles Kapital hat, ist man in der Gefahr gesellschaftlich nach unten abzurutschen, wenn man sich einen bestimmten Lebensstil, wozu auch eine gute Erziehung und Bildung der Kinder gehört, auf Dauer finanziell nicht mehr leisten kann.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist in Deutschland die Einkommensungleichheit stärker als in vielen anderen europäischen Ländern gestiegen. Ob dadurch auch die einkommenspolitische Basis der Mittelschichten unterspült wurde, wird jedoch kontrovers diskutiert (ISG 2011; Arndt 2012). In der Tat kann man aus wachsender Ungleichheit bei den Individualeinkommen nicht ohne weiteres auf die Ungleichheit bei den verfügbaren Haushaltseinkommen, die für die Schichtzughörigkeit maßgeblich sind, schließen. Die Haushaltsmitglieder können z.B. Einkommensverluste durch erhöhte Erwerbstätigkeit kompensieren, und der Sozialstaat kann Einkommensverluste ausgleichen.

Im Folgenden wollen wir zunächst eigene Berechnungen zum Umfang und zur zeitlichen Entwicklung der Mittelschicht vor und nach staatlicher Umverteilung präsentieren. Anschließend gehen wir der Frage nach, wie die Entwicklung der Mittelschicht mit Veränderungen der Erwerbskonstellationen innerhalb von Haushalten sowie der individuellen Entlohnung und Arbeitszeit zusammenhängt.

1 Das SOEP ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative Panelbefragung von Haushalten in Deutschland. Vgl. im Detail Wagner et al. (2007). Für die nachfolgenden Auswertungen verwenden wir die Fassung v30 aus dem Jahr 2015.

2 Entwicklung der Mittelschicht im Zeitverlauf

Die Größe der mittleren Einkommensschichten und ihre Veränderungen werden sehr stark davon beeinflusst, wie die Mitte statistisch abgegrenzt wird. Als untere Grenze haben wir die international übliche Armutsgrenze von 60% des mittleren Einkommens gewählt und als obere Grenze das doppelte des mittleren Einkommens. Eine so breite Definition, nach der mehr als zwei Drittel aller Haushalte zur Mitte zählen, birgt die Gefahr, dass man Einkommensverschiebungen innerhalb der Mittelschicht übersieht, die von ähnlicher oder sogar noch größerer Bedeutung sein können als Verschiebungen zwischen den drei Einkommensgruppen. Aus diesem Grunde unterteilen wir im Folgenden die Mittelschicht in drei Untergruppen mit folgender Abgrenzung der unteren und oberen Einkommensschichten:

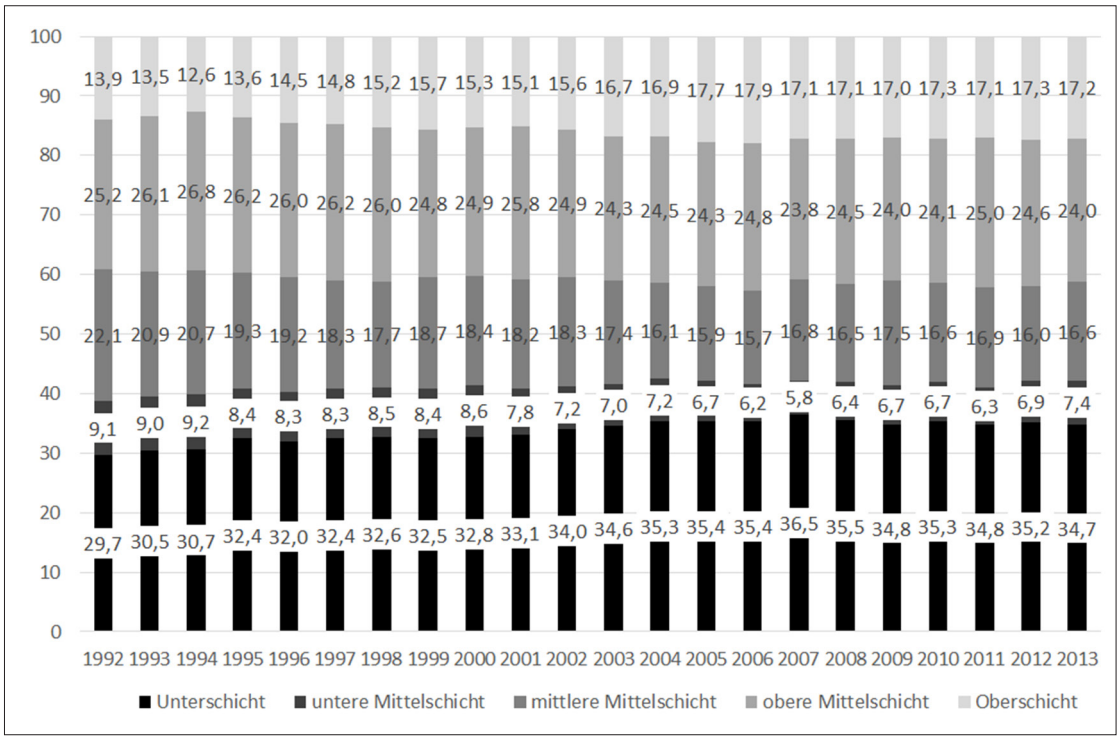
- Unterschicht: unter 60% des Medians
- untere Mittelschicht: 60 bis unter 80% des Medians
- mittlere Mittelschicht: 80 bis unter 120% des Medians
- obere Mittelschicht: 120 bis unter 200% des Medians
- Oberschicht: 200% des Medians und mehr

Da die Mehrheit der Bevölkerung in Haushalten mit mehreren Mitglieder lebt und der Lebensstandard durch das Haushaltseinkommen bestimmt wird, berechnet man die Schichtzugehörigkeit üblicherweise über die Zugehörigkeit zu Haushalten. Wegen der unterschiedlichen Zahl der Haushaltsmitglieder lässt sich das Haushaltseinkommen nur äquivalenzgewichtet vergleichen.[2] Wir unterscheiden dabei zwischen der Primärverteilung, also der Verteilung der unmittelbar durch den Marktprozess entstehenden Einkommen, und der Sekundärverteilung, die sich auf die verfügbaren Einkommen nach Steuern und Transferleistungen bezieht. Damit lässt sich feststellen, ob und inwieweit der Staat einschließlich der Sozialversicherungen über die Einnahmeseite (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) oder die Ausgabenseite (Transfers) eine evtl. zunehmende Ungleichheit der Primäreinkommen in den mittleren Einkommensschichten ausgleicht, und ob er stärker oder weniger umverteilt als vor zwei Jahrzehnten.

2 Für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens eines Haushaltes, zum Beispiel einer Familie, wird die Summe aller Einkünfte nicht durch die Anzahl der Mitglieder, sondern durch eine gewichtete Summe der Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft geteilt. Die Gewichtung wurde von der OECD festgelegt. Mithilfe dieser Äquivalenzskala sollen die Lebensstandards unabhängig von der Haushaltsgröße und Zusammensetzung vergleichbar werden. Bemessungsgrundlage ist das gesamte Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Nach der neuen bzw. modifizierten OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder des Haushaltes im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle Jüngeren mit 0,3.

Vor staatlicher Umverteilung hat sich der Umfang der Einkommensmittelschicht von 56,4% im Jahr 1992 auf 48% im Jahr 2013 erheblich verringert (Abbildung 1). Der Anteil der Unter- und Oberschicht ist von 29,7 auf 34,7% bzw. von 13,9 auf 17,2% gestiegen. Die Verteilung der Markteinkommen ist somit ungleicher geworden und hat sich durch die Ausdünnung der Mitte und den Zuwachs an den Rändern zunehmend polarisiert.

Abbildung 1: Einkommensschichten vor staatlicher Umverteilung (äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen im Vorjahr), 1992 – 2013

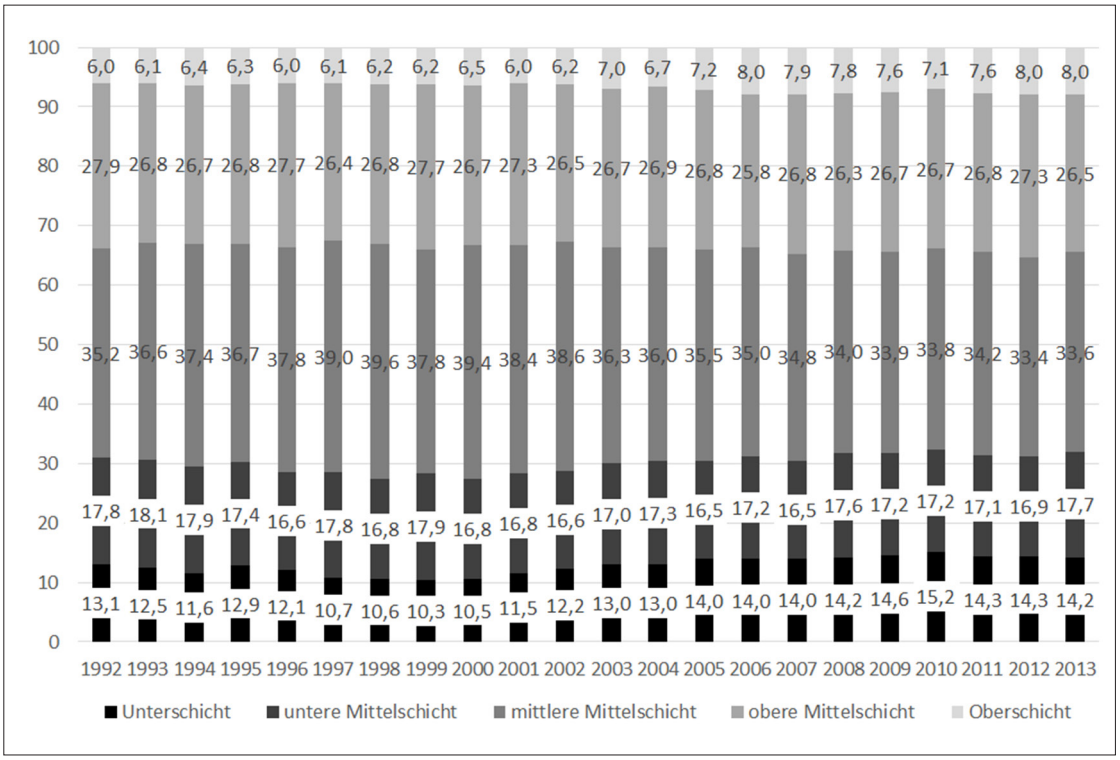


Quelle: SOEP v30, eigene Auswertung

Nach staatlicher Umverteilung ergibt sich ein anderes Bild. Der Anteil der mittleren Einkommensgruppen an der Bevölkerung lag 2013 auf Basis des verfügbaren Einkommens mit insgesamt 77,8% um fast 30 Prozentpunkte über dem Anteil der sich aus dem Markteinkommen ergibt (Abbildung 2). Im Vergleich zur Primärverteilung halbiert der deutsche Wohlfahrtsstaat vor allem über die progressive Einkommenssteuer den Anteil der obersten Einkommensgruppe. Über die geringere Steuerbelastung und Transfers wird am anderen Ende der Einkommensverteilung der Anteil der untersten Einkommensschicht auf ein Drittel verringert, da viele Haushalte bei den verfügbaren Einkommen in die untere oder mittlere Mitte „gehoben" werden.

Der Wohlfahrtsstaat hat also zu einem großen Teil, aber nicht vollständig, die wachsende Ungleichheit in der primären Einkommensverteilung auffangen können. Vor allem seit Anfang des Jahrtausends wachsen die Anteile der oberen und der unteren Einkommensschichten zwar nicht dramatisch, aber doch mit einem eindeutigen Trend um 3,7 Prozentpunkte (Unterschicht) bzw. 1,5 Prozentpunkte (Oberschicht), und der Anteil der Mitte ist von 83% im Jahr 2000 auf knapp 78% im Jahr 2013 zurückgegangen.

Abbildung 2: Einkommensschichten nach staatlicher Umverteilung (äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen im Vorjahr), 1992 – 2013



Quelle: SOEP v30, eigene Auswertung

Die Bedeutung staatlicher Zahlungen für die unteren Schichten wird deutlich, wenn man sich die Zusammensetzung der Einkommen der unterschiedlichen Schichten ansieht (Tabelle 1). In der Unterschicht entfällt gerade einmal ein gutes Drittel der Einkünfte auf Markteinkommen, die gerade in dieser Gruppe überwiegend aus Erwerbstätigkeit stammen. Auch in der unteren Mittelschicht sind es nur wenig mehr als die Hälfte. Seit 1995 – 1997 hat der Anteil eigener Markteinkommen am gesamten Einkommen in der Unterschicht um knapp acht und in der unteren Mittelschicht um knapp vier Prozentpunkte abgenommen. In der mittleren Mittelschicht werden aktuell knapp drei Viertel des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erzielt, dieser Anteil hat sich im Zeitverlauf nur um 3,4 Prozentpunkte verringert.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Einkommen nach Schichten 2011 – 2013 (Vorjahreseinkommen)

	Markteinkommen[3]	Sozialtransfers	Staatliche Renten	Gesamt
Unterschicht	38,9	30,1	31,1	100
untere Mittelschicht	56,7	11,4	31,9	100
mittlere Mittelschicht	72,2	5,7	22,1	100
obere Mittelschicht	84,0	2,8	13,3	100
Oberschicht	91,0	1,3	7,6	100
Total	77,6	5,4	17,0	100

Quelle: SOEP v30, eigene Auswertung

3 Erwerbsmuster in den Einkommensschichten

Die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen kann durch veränderte Beschäftigungsmuster beeinflusst werden. So können Haushalte in der Einkommensverteilung nach unten abrutschen, wenn sich die Summe der bezahlten Arbeitsstunden der Haushaltsmitglieder verringert, und sie können sich umgekehrt durch Ausweitung der bezahlten Arbeitsstunden verbessern. Die Ausweitung des Arbeitsangebotes von Haushalten durch Erhöhung der individuellen Arbeitszeiten oder die Zunahme der Verdiener ist eine bekannte Kompensationsstrategie, mit der versucht wird, bei Lohneinbußen den Lebensstandard zu halten. Allerdings sind solche Kompensationsstrategien nicht immer erfolgreich, wenn etwa den Haushaltsmitgliedern aufgrund ihres geringen Qualifikationsniveaus nur Teilzeitarbeit angeboten wird oder sie unfreiwillig arbeitslos sind. Deshalb sprechen wir auch von Erwerbsmustern und nicht von gewünschtem Beschäftigungsverhalten.

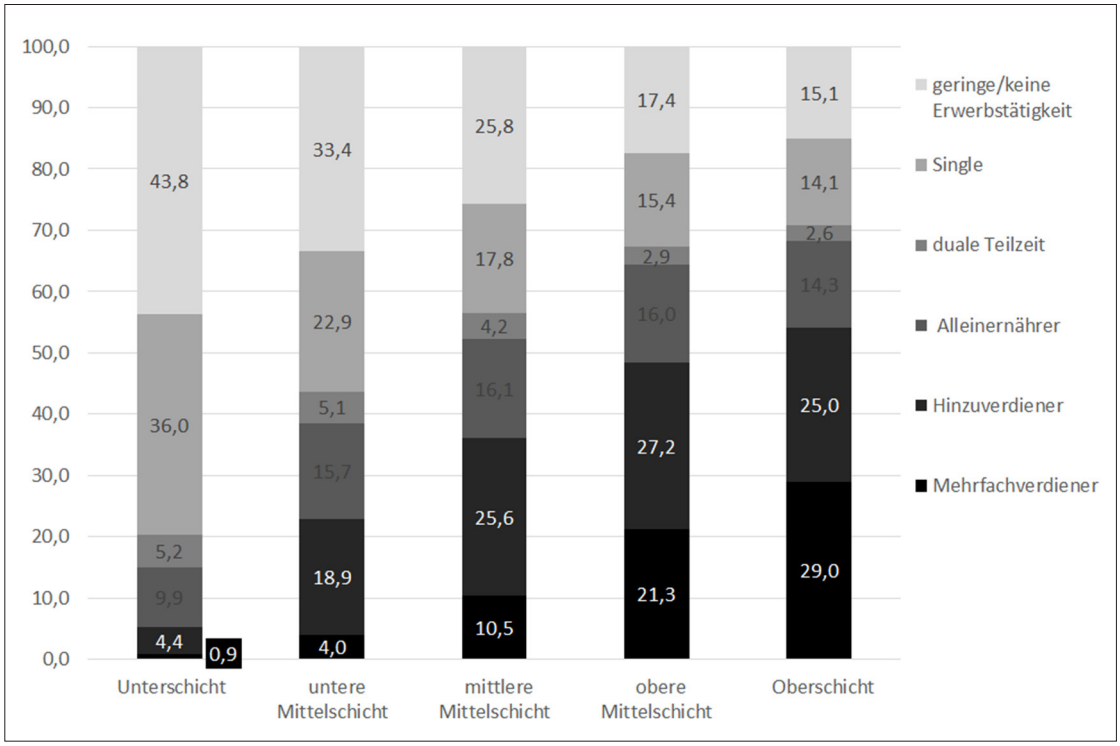
Im Folgenden beschreiben wir zunächst die Veränderungen in den Erwerbsmustern. Um zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, haben wir beim Zeitvergleich wegen der in einzelnen Zellen zu geringen Fallzahlen – wie schon in Tabelle 1 – die Daten jeweils mehrerer Jahre zusammengefasst.

Singlehaushalte und Haushalte mit nur geringer Erwerbstätigkeit sind vor allem in den unteren Einkommensschichten sehr verbreitet. Je weiter man die Einkommensschichten hinaufgeht, desto häufiger trifft man auf Haushalte mit mehr als einem Erwerbseinkommen (Abbildung 3).[4]

3 Hierzu zählen neben Einkommen aus abhängiger und selbständiger Tätigkeit auch Einkünfte aus Vermögen, private Unterhaltszahlungen und private Renten.

4 Definition der Erwerbsmuster: Mehrfachverdiener: >=2 Vollzeitstellen; Hinzuverdiener: 1 Vollzeitstelle + >=1 Teilzeitstelle; Alleinernährer: 1 Vollzeitstelle; Duale Teilzeit: >=2 Teilzeitstellen; geringe bzw. keine Erwerbstätigkeit: maximal eine Teilzeitstelle; Single: nur eine Person im Haushalt, Erwerbsumfang egal.

Abbildung 3: Erwerbsmuster nach Einkommensschichten (verfügbares Haushaltsnettoeinkommen im Vorjahr, äquivalenzgewichtet) 2011 – 2013, Anteil an allen Personen in %



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnung

Im Zeitverlauf hat der Anteil von Singlehaushalten (+3,8%) und Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung (+5,1%) deutlich und von Hinzuverdiener- (+1,9%) und dualen Teilzeitmodellen (+0,6%) leicht zugenommen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Erwerbsmuster nach Einkommensschichten (verfügbares Haushaltsnettoeinkommens im Vorjahr, äquivalenzgewichtet) 2011 – 2013 im Vergleich zu 1995 – 1997, Änderung in Prozentpunkten

Schicht / Erwerbstyp	Mehrfachverdiener	Hinzuverdiener	Alleinernährer	duale Teilzeit	geringe/keine Erwerbstätigkeit	Single
Unterschicht	-1,5	-1,2	-6,6	0,3	1,3	7,8
untere Mittelschicht	-3,9	3,9	-12,9	1,3	8,0	3,6
mittlere Mittelschicht	-6,5	2,8	-5,2	0,4	5,3	3,3
obere Mittelschicht	-7,4	3,8	-3,4	0,6	3,8	2,7
Oberschicht	-0,8	-2,0	0,1	-0,2	5,1	-2,2
Gesamt	-5,3	1,9	-6,1	0,6	5,1	3,8

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnung

Mehrfachverdiener- und Alleinernährermodell haben hingegen an Bedeutung verloren. Die Zunahme des Hinzuverdienermodells erfolgte in allen Teilen der Mittelschicht. Das Alleinernährermodell hat vor allem in den unteren Schichten abgenommen während es in der oberen Mitte nur wenig an Boden verloren und in der Oberschicht sogar leicht zugenommen hat. Das duale Teilzeitmodell ist – wie auch das Hinzuverdienermodell – in der gesamten Mittelschicht gewachsen.

4 Arbeitszeiten, Entlohnung und Arbeitszeitwünsche in den Einkommensschichten

In diesem Abschnitt untersuchen wir, wie sich Änderungen bei der Arbeitszeit und den individuellen Löhnen auf die Schichtzugehörigkeit ausgewirkt haben. In Tabelle 3 sind die Bruttoarbeitsstunden pro Jahr nach Schichten und Erwerbskonstellationen ausgewiesen, worin neben den tatsächlich gearbeiteten Stunden[5] auch bezahlter Urlaub, Feiertage und bezahlte Krankheitszeiten enthalten sind. Die oberen Einkommensklassen haben nicht nur mehr Verdiener, sondern auch deutlich längere Arbeitszeiten. Mit wachsendem Einkommen steigt die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden aller Haushaltsmitglieder.

In dieser Berechnung haben wir die Entwicklung der Arbeitszeiten in den Haushalten mit mindestens einem Verdiener untersucht. Danach liegt die Anzahl der Arbeitsstunden in den Haushalten der obersten Einkommensschicht in den Jahren 2011 bis 2013 im Durchschnitt um fast 2000 Stunden pro Jahr höher als in den Haushalten in der untersten Einkommensschicht. Hintergrund ist auf der einen Seite der hohe Anteil von Mehrfachverdiener- und Hinzuverdienerhaushalten in der Oberschicht sowie der hohe

5 Die tatsächlich gearbeiteten Stunden können auch unbezahlte Mehrarbeit einschließen.

Anteil von marginal erwerbstätigen Haushalten und Singles – beides Kategorien mit unterdurchschnittlichem Arbeitsvolumen – in der Unterschicht. Das Arbeitsvolumen hat in allen Einkommensschichten abgenommen, der Rückgang ist aber mit -20,3% in der Unterschicht deutlich ausgeprägter als in der Oberschicht mit nur -3%. Die Arbeitszeiten der Haushalte haben sich somit zunehmend polarisiert, was zur wachsenden Ungleichheit der Haushalte bei den Primäreinkommen beigetragen hat.

Tabelle 3: Bezahlte Arbeitsstunden pro Jahr nach Einkommensschicht (verfügbares äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen im Vorjahr), 1995 – 1997 und 2011 – 2013*

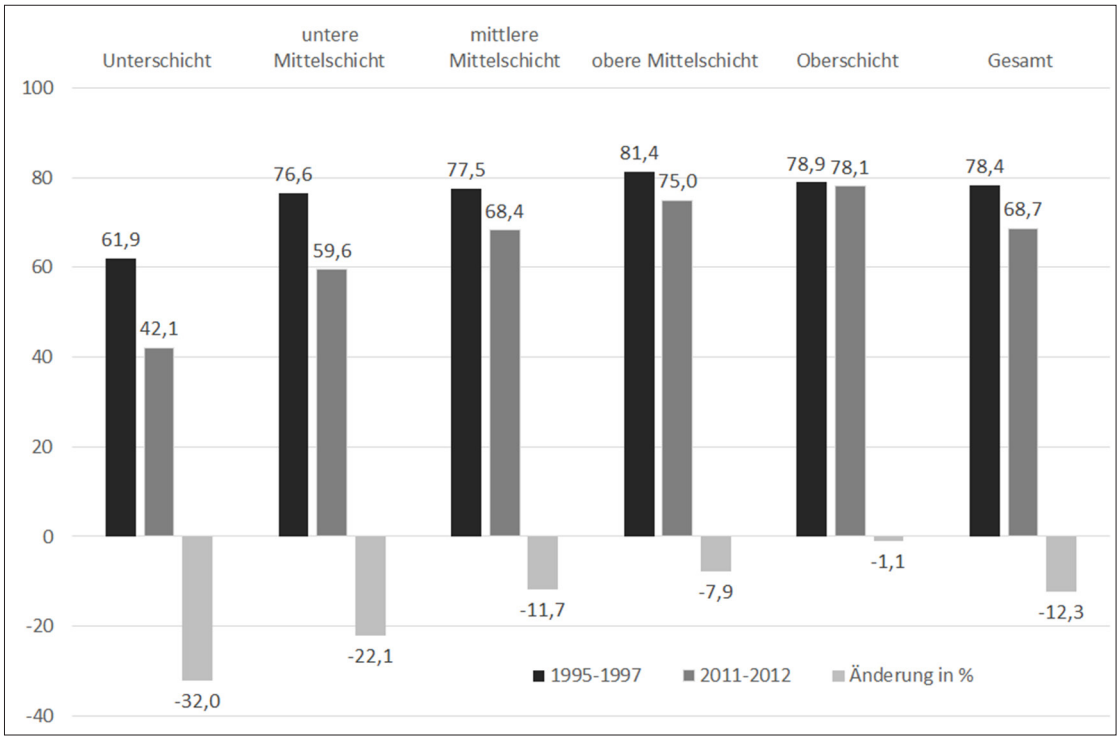
Schicht	1995-1997	2011-2013	Änderung in %
Unterschicht	1667	1329	-20,3
untere Mittelschicht	2381	2083	-12,5
mittlere Mittelschicht	2818	2539	-9,9
obere Mittelschicht	3215	2902	-9,7
Oberschicht	3342	3243	-3,0
Gesamt	2846	2539	-10,8

** nur Haushalte mit mindestens einem Verdiener*

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnung

Die wachsende Differenzierung der Arbeitszeiten ergibt sich vor allem daraus, dass in den beiden unteren Einkommensschichten immer weniger Vollzeit gearbeitet wird (Abbildung 4). In den Jahren 1995 bis 1997 lag der Vollzeitanteil unter den abhängig Beschäftigten der Unterschicht mit knapp 62% schon weit unter dem Wert der Gesamtwirtschaft von gut 78%. Alle anderen Schichten lagen dicht beim gesamtwirtschaftlichen Wert. Im Zeitverlauf ging der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Unterschicht um rund 20 Prozentpunkte auf rund 42% in den Jahren 2011 bis 2013 zurück. Auch in der unteren Mittelschicht zeigte sich ein starker Rückgang um rund 17 Prozentpunkte auf knapp 60%, womit die untere Mittelschicht in den Jahren 2011 bis 2013 fast zehn Prozentpunkte unter dem Wert der Gesamtwirtschaft liegt. In der mittleren Mittelschicht ist der Vollzeitanteil weiterhin durchschnittlich. Obere Mittelschicht und Oberschicht liegen über dem Wert der Gesamtwirtschaft. Eine Erklärung dafür, dass immer weniger Haushalte der Unterschicht und der unteren Mittelschicht von ihren Erwerbseinkünften leben können, dürfte somit die starke Ausweitung von Minijobs und Teilzeitstellen in diesen Schichten sein.

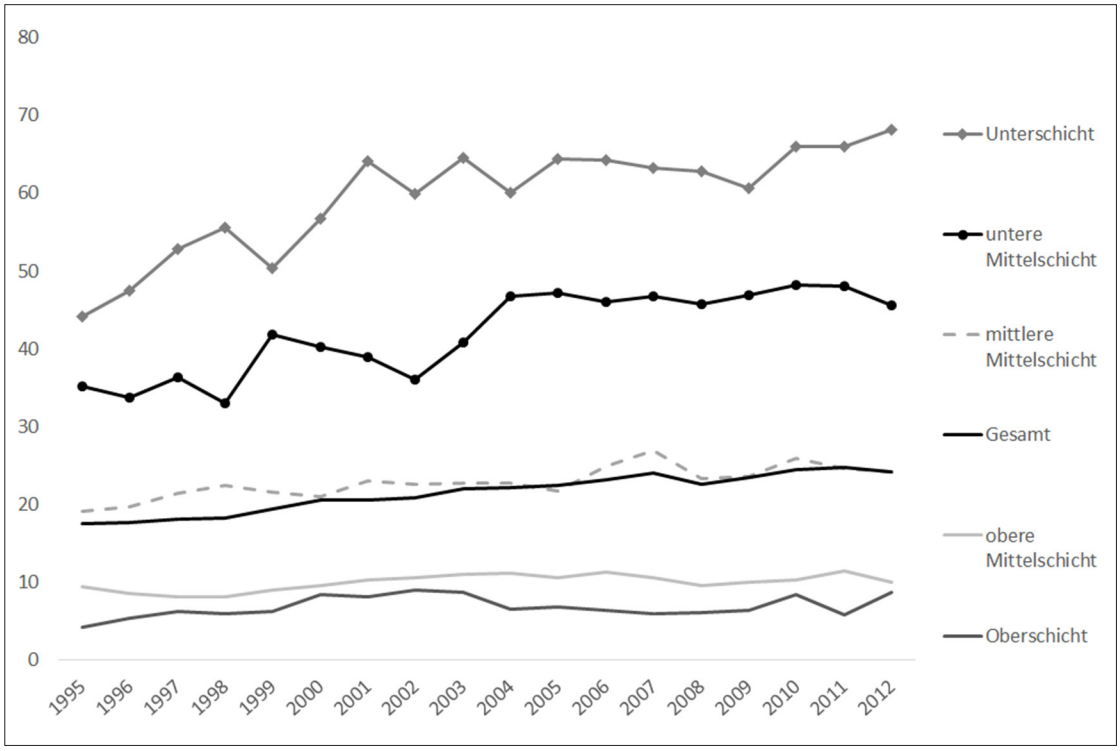
Abbildung 4: Anteil der Vollzeitbeschäftigten (>=35 Wochenstunden) unter den abhängig Beschäftigten nach Einkommensschichten 1995 – 1997 und 2011 – 2012



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnung. Vollzeitanteil und Haushaltseinkommen der Schichten beziehen sich auf die genannten Jahre, nicht auf das Vorjahr.

Zu der Verringerung des Arbeitsvolumens kommt in den unteren Schichten noch ein sehr geringes und sich verschlechterndes Lohnniveau hinzu (Abbildung 5). Das Niedriglohnrisiko ist in der Unterschicht zwischen 1995 und 2013 von rund 44% auf rund 68% deutlich gestiegen. Damit arbeiten mittlerweile gut zwei von drei Beschäftigten aus der Unterschicht im Niedriglohnsektor. Auch in der unteren Mittelschicht ist das Niedriglohnrisiko von gut 35% auf knapp 46% deutlich angestiegen und liegt damit weit über dem Durchschnitt. In der mittleren Mittelschicht zeigt sich ein leichter Anstieg, und das Niedriglohnrisiko ist nur leicht überdurchschnittlich. In der oberen Mittelschicht und der Oberschicht ist das Niedriglohrisiko gering, hat sich kaum verändert und wird sowieso durch das höhere Einkommen anderer Haushaltsmitglieder oder sonstige Einkünfte (vor allem aus Vermögen) kompensiert.

Abbildung 5: Niedriglohnrisiko abhängig Beschäftigter nach Schichten, 1995 – 2012



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnung. Niedriglohnrisiko und Haushaltseinkommen der Schichten beziehen sich auf die genannten Jahre, nicht auf das Vorjahr.

Das geringe Lohnniveau der Unterschicht zeigt sich auch bei den Stundenlöhnen. Der durchschnittliche Stundenlohn in der Oberschicht lag 2011 - 2013 mit 38,62 € rund fünfmal höher als der Stundenlohn in der Unterschicht. Die Stundenlöhne steigen ebenso wie die Arbeitszeit mit der Einkommenshöhe, wobei die Euro-Abstände zwischen den Gruppen wachsen und mit mehr als 17 € am größten zwischen der oberen Mittelschicht und der Oberschicht sind.

Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich große Unterschiede zwischen den Erwerbsmustern. Der mit Abstand höchste Stundenlohn findet sich mit rund 52 € beim dualen Teilzeitmodell in der Oberschicht. In jeder Einkommensgruppe sind die Stundenlöhne der Haushalte mit einem Alleinernährer oder mit zwei Teilzeitbeschäftigten höher als die Stundenlöhne in den Zwei- und Hinzuverdienerhaushalten (Tabelle 4). Dies zeigt einen deutlichen trade-off zwischen Löhnen und Arbeitszeiten. Mit höheren Stundenlöhnen wachsen die Arbeitszeitoptionen und Haushalte können es sich eher leisten, dass zwei Verdiener nur Teilzeit arbeiten oder einer die Familie alleine ernährt.

Tabelle 4: Durchschnittlicher Stundenlohn auf Haushaltsebene nach Einkommensklasse (äquivalenzgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen) und Erwerbsmuster 2011 – 2013 in €

Schichten	Mehrfach-verdiener	Hinzuverdie-ner	Alleinernäh-rer	duale Teilzeit	Gesamt
Unterschicht	4,76	7,11	7,70	7,98	7,55
untere Mittelschicht	7,72	10,87	11,94	12,55	11,23
mittlere Mittelschicht	10,81	14,46	18,06	17,77	15,29
obere Mittelschicht	15,72	20,35	27,48	24,10	21,43
Oberschicht	25,97	40,79	51,35	52,07	38,62
Total	16,32	18,80	23,50	19,21	19,88

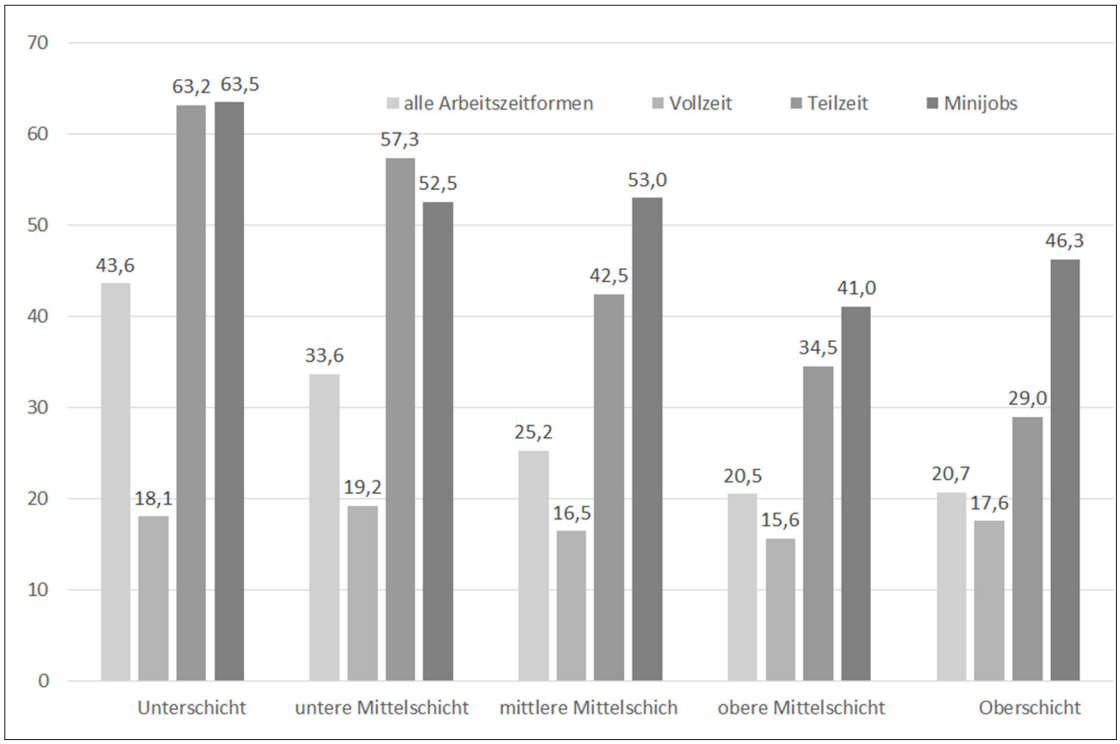
Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen. Daten beziehen sich auf das Vorjahr.

Hohe Stundenlöhne ermutigen also Haushalte, ihr Arbeitsangebot zu verringern und geringe Löhne ihr Arbeitsangebot zu erhöhen. Allerdings sind die Chancen, Arbeits- und Erwerbswünsche auch tatsächlich zu realisieren, sehr unterschiedlich verteilt.

Fragt man die Beschäftigten danach, wie lange sie arbeiten wollen, sind es vor allem diejenigen in den unteren Schichten, die mehr arbeiten wollen als vertraglich vereinbart (Abbildung 6). Knapp 44% der abhängig Beschäftigten der Unterschicht wünschen sich 1,5 Stunden oder mehr als vertraglich vereinbart zu arbeiten.[6] Vergleicht man die Arbeitszeitformen miteinander, wollen vor allem die Beschäftigten in Teilzeit und Minijobs mehr arbeiten als vertraglich vereinbart. Der starke Wunsch nach einer Ausweitung der Arbeitszeit in den unteren Schichten beruht aber nicht nur auf der großen Bedeutung von Teilzeit und Minijobs in diesen Schichten. Auch innerhalb der einzelnen Arbeitszeitformen ist der Wunsch nach Arbeitszeitverlängerung in den unteren Schichten sehr viel größer als in den oberen Schichten. So wollen in der Unterschicht fast 64% der Minijobber/innen länger arbeiten, während es in der Oberschicht mit gut 46% deutlich weniger sind.

6 Zur Methode vgl. Wanger 2011

Abbildung 6: Wunsch nach Arbeitszeitverlängerung um mehr als 1,5 Stunden nach Arbeitszeitform und Schicht* (2011 – 2012)



**Verglichen werden vertraglich vereinbarte Arbeitszeit und Wunscharbeitszeit. Liegt die Wunscharbeitszeit mehr als 1,5 Stunden über der vertraglichen Arbeitszeit, will jemand nach unserer Definition mehr arbeiten, bei +/-1,5 Stunden passen Wunsch und Vertrag zusammen, liegt die Wunscharbeitszeit mehr als 1,5 Stunden unter der vertraglichen Arbeitszeit, will jemand weniger arbeiten (vgl. Wanger 2011).*

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen. Daten beziehen sich auf die ausgewiesenen Jahre, nicht auf das Vorjahr.

5 Fazit

In den Nachkriegsjahren hat sich in Deutschland eine im internationalen Vergleich breite Mittelschicht herausgebildet. Die ökonomische Basis dieser Entwicklung waren gute Löhne und eine relativ geringe Einkommensdifferenzierung, die durch eine hohe Tarifbindung gesichert wurden. In diesem inklusiven Bismarck'schen Wohlfahrtsstaat schützen die Sozialversicherungen die große Mehrheit der Bevölkerung bis in die obere Mittelschicht vor Risiken.

Seit Mitte der 1990er Jahre bröckelt die ökonomische Basis der Mittelschichten. In der Primärverteilung ging der Anteil der Haushalte mit einem mittleren Markteinkommen an allen Haushalten um gut acht Prozentpunkte von 56,4% im Jahre 1992 auf 48% im Jahre 2013 zurück.

Der Sozialstaat konnte zwar immer noch viele Mittelschichthaushalte vor dem sozialen Abstieg bewahren, aber die ungleiche Primärverteilung nicht mehr völlig kompensieren. Auch in der Sekundärverteilung, also nach Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers, schrumpfte der Anteil der Mittelschichten von 83% im Jahre 2000 auf 78% im Jahre 2013. Dieser Rückgang kann mit der zunehmend ungleichen Verteilung der Arbeitszeit auf die Haushalte und der Expansion des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsformen in Deutschland erklärt werden.

Besonders besorgniserregend ist die weitere Polarisierung der Markteinkommen trotz der im europäischen Maßstab außergewöhnlich guten Beschäftigungsentwicklung im letzten Jahrzehnt. Wenn der Sozialstaat schon in guten Zeiten so stark vom Ausgleich ungleicher Markteinkommen beansprucht wird, besteht die Gefahr, dass er in Krisenzeiten überfordert ist. Wichtigstes Ziel muss daher die Verringerung der Ungleichheit bei den Markteinkommen sein. Mit dem neuen Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung gegangen worden. Allerdings stabilisiert der Mindestlohn nur die Löhne am unteren Ende. Der nächste Schritt muss in einer Erhöhung der Tarifbindung mit differenzierten Lohngittern bestehen. Wünschenswert wäre es, die Sozialpartner würden aus eigener Kraft die Tarifautonomie in den vielen Niedriglohnbranchen wiederbeleben. Dies kann den Sozialpartnern in der Fläche vermutlich nur mit stärkerer staatlicher Unterstützung gelingen, etwa durch die weitere Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, die Vergabe öffentlicher Aufträge nur bei Einhaltung von Branchentarifverträgen und die Durchsetzung des Prinzips der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit für alle Beschäftigungsformen einschließlich der Minijobber, Leiharbeiter und ausländischen Werkvertragsnehmer (entsandte Arbeitskräfte).

Ein weiterer in der Debatte um Ungleichheit kaum beachteter Punkt ist die Verbesserung der Erwerbschancen der Haushaltsmitglieder aus den unteren Einkommensschichten und die Ausweitung ihrer Arbeitszeiten. Sie haben in vielen Branchen oft nur noch Zugang zu Minijobs und kurzer Teilzeitarbeit und können sich aus eigener Kraft kaum ernähren. Die Fehlanreize für Beschäftigte und Unternehmen, nur kurz zu arbeiten, müssen beseitigt werden. Die Anreize für Unternehmen liegen vor allem in der Nichteinhaltung der gesetzlichen Mindeststandards. Die meisten Minijobber/innen erhalten nicht die ihnen zustehenden Urlaubs-, Feier- oder Krankheitstage bezahlt (RWI 2012; Weinkopf 2014). Die Anreize für die Beschäftigten liegen in der Abgabenfreiheit und auch falschen Beschäftigungsanreizen beim Arbeitslosengeld II.[7]

Ein weiterer Grund für das geringe Arbeitsvolumen der unteren Einkommensschichten liegt in dem Überangebot an gering Qualifizierten. Unser Bildungssystem hält nicht Schritt mit der steigenden Nachfrage nach Fachkräften und „produziert“ stattdessen am Markt vorbei zu viele Jugendliche ohne Berufsabschluss, die dann nur sporadisch oder in Teilzeit beschäftigt werden. Das Bundesinstitut für berufliche Bildung (BiBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben in einer Langfristprognose

7 Viele Hartz IV Empfänger kombinieren einen kurzen Minijob mit Arbeitslosengeld II, da sie von den ersten 100 € Zuverdienst 80 % ohne Kürzung der Transferleistung behalten können, von den weiteren Verdiensten aber nur 20%.

berechnet, dass bei Fortschreibung der gegenwärtigen Bildungstrends das Angebot an gering Qualifizierten zum Jahre 2025 um rund 1,3 Millionen über der erwarteten Nachfrage der Wirtschaft liegen wird (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 161). Der Anteil der Geringqualifizierten muss durch eine Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher, eine Erhöhung der Ausbildungszahlen und eine investive Arbeitsmarktpolitik, die die Konditionen für eine abschlussbezogene Weiterbildung verbessert und mehr Beschäftigten ohne Berufsabschluss eine zweite Chance bietet, verringert werden.

Literatur

Arndt, Christian, 2012: Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland? Berlin: Konrad Adenauer Stiftung Abstract

Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Berlin Abstract

Bosch, Gerhard, 2015: The German welfare state: From an inclusive to an exclusive Bismarckian model. In: Vaughan-Whitehead, Daniel (Hg.): The European Social Model in Crisis: Is Europe losing its soul? Cheltenham [u.a.]: Elgar, pp. 175-229

Dahrendorf, Ralf, 1957: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Enke

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton, NJ: Princeton, University Press

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), 2011: Überprüfung der These einer „schrumpfenden Mittelschicht" in Deutschland. Köln Volltext

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), 2012: Studie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen Volltext

Schelsky, Helmut, 1953: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Dortmund: Ardey Verlag

Teppe, Karl, 1977: Zur Sozialpolitik des Dritten Reiches am Beispiel der Sozialversicherung. In: Archiv für Sozialgeschichte 17, S. 195–250

Wagner, Gert G. / Frick, Joachim R. / Schupp, Jürgen, 2007: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch 127 (1), S. 139-169 Volltext

Wanger, Susanne, 2011: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB Kurzbericht 9/2011. Nürnberg Abstract

Weinkopf, Claudia, 2014: Women's employment in Germany. Robust in crisis but vulnerable in job quality. In: Eydoux, Anne / Math, Antoine / Périvier, Hélène (eds.): European labour markets in times of crisis: A gender perspective. Special issue „Revue de l'OFCE / Debates and policies" ; 133. Paris: Observatoire Français des Conjonctures Économiques, pp. 189-214

Die Autoren:

Prof. Dr. Gerhard Bosch
Geschäftsführender Direktor des IAQ
Kontakt: gerhard.bosch@uni-due.de

Dr. Thorsten Kalina
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“
Kontakt: thorsten.kalina@uni-due.de

IAQ-Report 2015-04 Redaktionsschluss: 20.08.2015

Institut Arbeit und Qualifikation
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Universität Duisburg-Essen
47048 Duisburg

Redaktion:
Claudia Braczko
claudia.braczko@uni-due.de

Thomas Haipeter
thomas.haipeter@uni-due.de

IAQ im Internet
http://www.iaq.uni-due.de/

IAQ-Reports:
http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/

Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste: *http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/newsletter.php*

Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.